

## FREIBURGER ZEITUNG



Merial Gründer (Zweite von links) und Joseph Nykiel (rechts) vom „Wahlkreis 100 Prozent“ überreichen den Bundestagsabgeordneten Matern von Marschall (links) und Gernot Erler symbolische Stimmen. FOTO: MICHAEL BAMBERGER

# „Nur eine Frage der Zeit“

Die Ergebnisse einer symbolischen Wahl: Bundestagsabgeordnete beim „Wahlkreis 100 Prozent“

VON UNSERER MITARBEITERIN  
ANJA BOCHTLER

Alle waren sich einig – nur einer verteidigte hartnäckig seine andere Meinung: Der CDU-Mann Matern von Marschall ist gegen das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Angehörige. Davon ließ er sich nicht abbringen, als die Vertreterinnen und Vertreter vom „Wahlkreis 100 Prozent“ am Montagabend den drei Freiburger Bundestagsabgeordneten die Stimmen einer symbolischen Wahlaktion überreichten.

Ist er zufrieden mit seinem Ergebnis? „Verbesserungswürdig“ findet Matern von Marschall die 20,7 Prozent der Stimmen, die seine Partei, die CDU, bei der symbolischen Wahlaktion während der Bundestagswahl im vergangenen Herbst bekam. Daran hatten sich 1012 Menschen beteiligt, die in Freiburg nie eine Wahl haben – insgesamt leben hier rund 24 000 Frauen und Männer in dieser Situation. Denn während EU-Bürger seit dem Maastricht-Vertrag zumindest bei Kommunalwahlen mitstimmen können,

bleiben Nicht-EU-Angehörige bei jeder Wahl ausgeschlossen.

Seit 2002 macht der „Wahlkreis 100 Prozent“ mit symbolischen Wahlaktionen und anderen Veranstaltungen darauf aufmerksam. Im Herbst lag die SPD mit 28,3 Prozent an der Spitze, dicht hinter den 20,7 Prozent der CDU folgte die Linke mit 19,9 Prozent, Schlusslicht waren die Grünen mit 18,5 Prozent. Die CDU konnte ihre Ergebnisse bei den symbolischen Wählern seit 2002 deutlich steigern: anfangs habe die Partei nur bei sechs oder sieben Prozent gelegen, bilanziert Clemens Hauser. An der CDU-Position geändert hat das aber nichts.

Als der Gemeinderat 2008 eine Resolution für das kommunale Wahlrecht von Nicht-EU-Bürgern verabschiedete, stimmte die konservative Partei als einzige dagegen. Und auch jetzt argumentiert Matern von Marschall freundlich, aber entschieden, dass Interessierte ja die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen könnten und sich immerhin inzwischen die Doppelpass-Regelungen erweitert hätten. Zudem sei das Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger nicht mit dem Grundge-

setz vereinbar. Das aber könnte man jederzeit ändern, kontern seine Bundestagskollegen von der SPD und den Grünen. Die SPD hatte in ihrem Wahlprogramm das kommunale Wahlrecht für alle, die sich länger als fünf Jahre legal in Deutschland aufhalten, als Ziel aufgelistet. Das habe sich wegen der Haltung der CDU nicht im Koalitionsvertrag unterbringen lassen, sagt der SPD-Mann Gernot Erler, der trotzdem optimistisch ist: „Es gibt so viele Argumente für das Wahlrecht und so wenige dagegen – es ist nur eine Frage der Zeit, bis es kommt.“

Seine grüne Kollegin Kerstin Andreae kündigt an, dass die Grünen einen Antrag auf eine Grundgesetzänderung stellen werden. Die Engagierten vom „Wahlkreis 100 Prozent“ halten Matern von Marschall unter anderem entgegen, dass sie bei einer Aufgabe ihrer jetzigen Staatsangehörigkeit Erbsprüche in der alten Heimat verlieren würden. Tomas Wald, der Leiter des Roma-Büros, kritisiert das „deutsche Drei-Klassen-Wahlrecht“, das die Bürger in Deutsche, EU-Bürger und Nicht-EU-Bürger spalte. „Das ist ein Armutszugnis für eine Demokratie!“